

Antwort des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine der Brandenburgischen Landeskongress der Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten (BLHP)

1. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine systematische und themenbezogene Einbindung der Hochschulen in ressortübergreifende Strategien zur Landesentwicklung und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen sicherzustellen? (WR, S. 177f)

Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Digitalisierung, die Umstellung auf ganzheitlich nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen, der Fachkräftemangel, regionale Transformationsprozesse, der Klimawandel und vieles mehr erwartet uns in den kommenden Jahren. All das verändert unser Leben grundlegend und hat natürlich auch Konsequenzen auf das Bildungssystem. In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, dass die Hochschulen und die Politik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Akteuren der Wirtschaft Strategien dazu entwickeln, alle Menschen bei diesen Umbrüchen mitzunehmen und dafür zu sorgen, dass niemand abgehängt wird. Das umfasst sowohl die heute bereits spürbaren sozialen Auswirkungen der Krisen der vergangenen Jahre als auch die Entwicklung technologischer Innovationen wie bspw. zur Begegnung des Klimawandels. Die Linke möchte die Hochschulen in ihrer Rolle als Motor für gesellschaftliche Innovation stärken. Auch die Ausweitung der Möglichkeiten des lebenslangen Lernens und die Öffnung der Hochschulen für Menschen, die noch einmal eine andere Berufsperspektive einschlagen, wird an Relevanz gewinnen. Die Landespolitik hat die Verantwortung die Hochschulen finanziell, personell und strukturell in die Lage dazu zu versetzen, die zusätzlichen Anforderungen schultern zu können.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die gesetzliche und finanzielle Förderung von Innovationen in Studium und Lehre seitens des Landes zu erzielen. Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema „Gebührenfreies Erststudium“? (WR, S. 101) und (§ 5 Abs. 4 BbgHG)

Die Linke vertritt die Position, dass Bildung von der KiTa bis zum Studium komplett gebührenfrei sein muss. Nur so können wir für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die sozialen Hürden auf Grund des Einkommens der Eltern minimieren. Das bedeutet für uns auch: Die Immatrikulations- und Rückmeldegebühren müssen endlich abgeschafft und die bei Einführung der 51€-Gebühr unter der ehemaligen Wissenschaftsministerin Frau Wanka beschlossenen Kürzungen im Etat der Hochschulen zurückgenommen und durch das Land kompensiert werden.

Der Wissenschaftsrat kommt in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass die Brandenburger Hochschulen bereits eine Vielzahl an innovativen Formaten im Bereich des interdisziplinären, forschenden und projektorientierten Lernens aufweisen können. Diese wollen wir stärken, indem bspw. die Lehrdeputate insbesondere der Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen und der Fachhochschulprofessor:innen verringert werden. Denn innovative Lehrangebote brauchen Zeit und entstehen in einer Einheit mit Forschung und Transfer. Die Hochschulen benötigen eine bessere Grundfinanzierung, um Kapazitäten für neue Lernformen und die sie unterstützenden Rahmenbedingungen (Beratung, Betreuung, gut ausgestattete Räume etc.) schaffen zu können.

3. Zur Förderung der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, auFE u.a. Stakeholdern zu gesellschaftlich relevanten Schwerpunktfeldern sowie zur kooperativen Spitzenforschung im Allgemeinen regt der Wissenschaftsrat die Auflage eines Programms zur Forschungsförderung durch das Land an (WR, S. 121). Inwieweit unterstützt Ihre Partei diese Empfehlung und wie sollte ein solches Programm aussehen?

Dreh- und Angelpunkt der Hochschulfinanzierung ist eine gute, auskömmliche Grundfinanzierung, die es den Hochschulen ermöglicht, die an sie gestellten Erwartungen erfüllen zu können. Für uns als Linke ist klar: Daueraufgaben verlangen eine Dauerfinanzierung und müssen ggf. durch entfristete

Stellen abgesichert werden. Temporäre, zusätzliche Programme können Innovationen fördern und Raum für das Ausprobieren neuer Impulse bieten. Wichtig ist uns, dass nicht ausschließlich Spitzenprojekte gefördert, sondern auch kleinere Forschungsvorhaben Unterstützung finden können. Nicht immer ist allein die Exzellenz ausschlaggebend für eine Förderung, sondern es sollte auch die gesellschaftliche Relevanz in Betracht gezogen werden. Wie ein solches Förderprogramm konkret aussehen könnte und mit welchen Summen es zu untersetzen ist, wollen wir im engen Austausch mit den Hochschulen entwickeln.

4. Welchen Beitrag leistet die Internationalisierung der Hochschulen nach Einschätzung Ihrer Partei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg? Durch welche Maßnahmen plant Ihre Partei, die Internationalisierung der Hochschulen zu unterstützen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern?

Als Linke stehen wir einer Internationalisierung der Hochschulen und der Gesellschaft sehr offen gegenüber. Nicht nur, weil sie eine Bereicherung darstellt oder dabei helfen kann, dem Fachkräftemangel zu begegnen, sondern weil Internationalisierung ein Fakt ist. Wir leben in einer eng vernetzten, globalisierten Welt, in der unser aller Handeln weitreichende Konsequenzen hat – das haben der Kolonialismus und die Ausbeutung des globalen Südens durch die europäischen Staaten genauso gezeigt wie es uns jetzt der Klimawandel vor Augen führt. Aus unserer Sicht ist der einzig richtige Umgang mit Internationalisierung jener der Inklusion. Das heißt Barrieren, egal welcher Art abzubauen, Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen und ein gemeinsames Miteinander zu organisieren. Für die Wissenschaftspolitik bedeutet das konkret, die Hochschulen und die Studierendenwerke darin zu bestärken und ihnen die Voraussetzung zur Verfügung zu stellen, um alle Studierenden durch Sprach-, Beratungs-, Wohn-, Sozial- und Kulturangebote zu unterstützen, ein vielfältiges Campusleben zu leben und sich zivilgesellschaftlich für Toleranz und Vielfalt zu engagieren.

5. Unterstützt Ihre Partei die Fortführung der „Hochschultreppe“ und wird sie sich für deren Weiterführung einsetzen? Hält Ihre Partei, einen Aufwuchs in Höhe von 5 Mio. € p.a. für ausreichend, um eine stabile, auf Mehrbedarfe reagierende Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen?

Ja, wir stehen zu der Fortführung der sog. „Hochschultreppe“. Aufgrund der in den vorangegangenen Fragen dargestellten, steigenden Erwartungen an die Hochschulen sowie Inflations- und Kostensteigerungen in nahezu allen Bereichen ist es unseres Erachtens allerdings notwendig, die Höhe der „Hochschultreppe“ auf den Prüfstand zu stellen und ggf. nachzujustieren. Das muss im engen Austausch mit den Hochschulen des Landes geschehen.

6. Die Unterfinanzierung und dysfunktionalen Prozesse im Hochschulbau sowie den immensen Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf sieht der Wissenschaftsrat als ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die brandenburgischen Hochschulen an. Wie plant Ihre Partei mit den drei zentralen Empfehlungen umzugehen?

a) den Hochschulbau deutlicher als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik zu verankern und eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (WR, S.11)

b) die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren und dessen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik deutlich zu stärken (WR, S.85)

c) ausgewählten Hochschulen die vollständige Bauherreneigenschaft zu übertragen (WR, S.186)

Die Unterfragen a), b) und c) werden zusammenhängend beantwortet:

Aus Sicht der Linksfraktion sind die Bewältigung des Sanierungsstaus und der Bau neuer Gebäude wesentliche Faktoren für die Attraktivität von Hochschul- und Wissenschaftsstandorten. Moderne, gut ausgestattete Arbeitsplätze, Seminarräume, Labore und Hörsäle, aber auch Platz für selbstverwaltete Räume, kollektive Arbeitsprozesse oder die Gestaltung und Ausstattung der Mensen und Cafeterien sind die Basis für gute Lehr- und Lernbedingungen. Daher ist der Hochschulbau eine entscheidende Aufgabe.

Dementsprechend muss dem Hochschulbau dringend eine stärkere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden, indem er als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik verankert wird. Das hat spätestens das durch die Linksfraktion initiierte Fachgespräch in der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur am 15. November 2023 verdeutlicht. Unmittelbar daran anknüpfend hatten wir einen Antrag eingebracht, der die Auflage eines Landesprogramms zum Abbau des Sanierungsstaus forderte (Drucksache 7/8855 - [8855.pdf \(brandenburg.de\)](#)). Dieses Landesprogramm muss mit dem nächsten Haushalt auf den Weg gebracht werden. Zudem müssen die Mensen und Cafeterien in den Blick genommen und in Form einer Vertragsvorlage Klarheit über die Zuständigkeiten für Beschaffung, Wartung, Pflege und Reparatur in den Mensen geschaffen werden. Zudem sind klare Ausstattungsstandards für Mensen und Cafeterien zu definieren.

Wo durch die Hochschulen gewünscht, können wir uns auch die Übertragung der Bauherreneigenschaft an die Hochschulen vorstellen. Das ist allerdings nicht für alle der sehr unterschiedlich großen Hochschulen ratsam, einige Hochschulleitungen standen der Übertragung der Bauherreneigenschaft skeptisch gegenüber. Die Hochschulen, die eine eigene Bauherreneigenschaft wollen, müssen aber auch die personellen Voraussetzungen dafür schaffen können. Das verlangt zusätzliche personelle Ressourcen, die das Land zur Verfügung stellen müsste. Wünschenswert wäre aus Sicht der Linksfraktion auch bei Übertragung der Bauherreneigenschaft eine enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Fachministerium.

Meinungsvielfalt und Diskurs kennzeichnen die Wissenschaft. Gleichzeitig tragen Hochschulen aber auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Daher positionieren sich die Brandenburger Hochschulen deutlich gegen antidemokratische Bewegungen und jede Form von Diskriminierung. Sie verstehen Diversität als Stärke und stehen für Offenheit und ein demokratisches Miteinander.

7. In welcher Rolle sehen Sie die Hochschulen beim Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung?

Den Hochschulen kommt eine ganz wesentliche Rolle in der Verteidigung unserer Demokratie zu. Denn Wissenschaft, also der faktenbasierte Erkenntnisgewinn und die darauf aufbauende Erkenntnisvermittlung, ist die Basis zur Begegnung von gezielten Falschinformationen, die die Aushöhlung der Demokratie zum Ziel haben. Gleichzeitig können Hochschulen Orte sein, an denen jungen Menschen gesellschaftliche Grundwerte vermittelt werden und Mitbestimmung oder zivilgesellschaftliches Engagement kennenlernen. All das verlangt aber, dass den Hochschulangehörigen auch der Raum und die Möglichkeit dazu gegeben wird. Dabei beschränkt sich der Wirkungsradius der Hochschulen nicht nur auf den unmittelbaren Campus, sondern kann und sollte sich bis in die Stadt- und Zivilgesellschaft erstrecken.

8. Wie planen Sie, die Hochschulen bei ihrem Eintreten für Vielfalt, demokratische Werte und Schutz vor Diskriminierung – ggf. auch durch entsprechende Ressourcen – zu unterstützen?

Das Eintreten für Vielfalt und demokratische Werte sowie der Schutz vor Diskriminierung verlangen unser aller Engagement im Alltag und zu jedem Zeitpunkt. Es beginnt damit, diskriminierende Sprüche nicht unwidersprochen zu lassen, und muss vor allem darauf abzielen, Menschen zu unterstützen, die Diskriminierung und Bedrohung in ihrem Alltag erfahren. Das setzt Sensibilität, Empathie, Aufklärung und transparente Beratungs- und Unterstützungsangebote voraus. Damit das

strukturiert erfolgen kann, brauchen die Hochschulen personelle und finanzielle Ressourcen. Doch auch ihre bereits vorhandenen Möglichkeiten können Hochschulen nutzen, um das demokratische Miteinander zu unterstützen – z.B. durch die Zurverfügungstellung von Räumen für zivilgesellschaftliches oder hochschulpolitisches Engagement. Zudem ist es Aufgabe aller demokratischer Kräfte des Landes, sich dem Rechtsruck entgegen zu stellen und sich gegenseitig den Rücken zu stärken.